

## Unterbezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Köln am 24.02.2018

**Antragstitel:**

A16 - Grundlegende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mit tiefgehender parteipolitischer Zielsetzung

**Antragsteller:**

SB Rodenkirchen

**Weiterleitung an:**

Landeskonferenz der NRW Jusos, Parteitag der KölnSPD, Parteitag der NRWSPD

1

2 Die Unterbezirksdelegiertenkonferenz möge folgendes beschließen:

3 Als eine Hauptforderung unserer politischen Zielsetzung muss die grundlegende  
4 Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) einen festen Platz in der Programmatik  
5 unserer Partei bekommen und im Rahmen dessen konkrete Gestaltungsforderungen in  
6 Verbindung mit diesem Vorhaben genannt werden.

7 **Begründung:**

8 Gute Arbeit ist ein wichtiges Ziel der Sozialdemokratie. Dabei dürfen wir – neben den regulär  
9 Beschäftigten – die Auszubildenden in Deutschland nicht außer Acht lassen. Sie sind die  
10 Zukunft unseres Landes und verdienen eine Ausbildung, deren gesetzliche  
11 Rahmenbedingungen denselben hohen Stellenwert innehaben soll, wie es gleichfalls  
12 Arbeitgeber\_innen- und Arbeitnehmer\_innenverbände stets über die Ausbildung in  
13 Deutschland sagen. Das BBiG enthält bereits wichtige rechtsverbindliche Vorgaben zur  
14 Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung. Jedoch gibt es Sowohl Punkte, die zu  
15 schwammig formuliert sind, als auch Punkte, die überhaupt nicht darin existieren, was im  
16 Jahre 2018 nicht mehr zeitgemäß ist. So ist bspw. die Eignung der Ausbilder\_innen nicht klar  
17 definiert, die rechtliche Handhabe für das Ausbildungsverhältnis von dual Studierenden erst  
18 gar nicht geregelt. Diese gesetzlichen Missstände können jedoch auch missbraucht werden,  
19 um Arbeitnehmerrechte von Auszubildenden einzuschränken – z.B. durch niedrige  
20 Bezahlung, unzumutbare Mehrarbeit oder durch die Unsicherheit der Weiterbeschäftigung.  
21 Hier gibt es also dringenden Handlungsbedarf!

22

23 Innerhalb der letzten Jahre beschritt die SPD bezüglich der Thematik einen Weg der in  
24 unseren Augen unbefriedigenden Entwicklung. Je länger dies bei der Novellierung des BBiG  
25 jedoch vor allem in Verbindung von einer Mitregierungsbeteiligung der SPD dauert, desto  
26 ungläubwürdiger macht sich die Partei in Hinblick auf dieses Thema. So wurde der „Wille zur  
27 Stärkung der Ausbildung“ zwar im Koalitionsvertrag 2013 formuliert und im Wahlprogramm  
28 2017 das Versprechen gemacht, die Novellierung in Angriff zu nehmen. Doch bereits im  
29 gemeinsamen Sondierungspapier mit der CDU und der CSU war von dem Begriff  
30 „Novellierung“ nichts mehr zu finden. Stattdessen wird vorrangig die „Bekämpfung  
31 finanzieller Hürden“, eine „Anhebung von Ausbildungsvergütungen“ und eine  
32 „Mindestausbildungsvergütung“ genannt. Das ist uns sowohl zu wenig, als auch zu  
33 unkonkret.

34 Es ist nicht hinnehmbar, dass ein für junge, ausbildungswillige Menschen so wichtiges  
35 Thema so nachlässig und zweitrangig behandelt wird, wie dieses. Als sozial-demokratischer  
36 Jugendverband wollen wir uns gerade für junge Menschen in Deutschland stark machen und  
37 stellen diese Forderung deshalb mit allem gebührenden Nachdruck!